

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Stephan Protschka, Berengar Elsner von Gronow, Peter Felser, Franziska Gminder, Wilhelm von Gottberg, Thomas Ehrhorn, Johannes Huber und der Fraktion der AfD

Mangelernährung im Krankenhaus und Pflegeheim

Kapitel 2 des 14. DGE-Ernährungsberichts wurde 2019 vorveröffentlicht und handelt von der Ernährungssituation in Krankenhäusern und Pflegeheimen, die mittels der Auswertung der nutritionDay-Daten für Deutschland bis 2018 veranschaulicht wird (DGE, Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V., <https://www.dge.de/wissenschaft/ernaehrungsberichte/14-dge-ernaehrungsbericht/>). Ein Ergebnis ist beispielsweise, dass 2018 bei 23 Prozent der deutschen Pflegeheimbewohner Untergewicht festgestellt wurde, 14 Prozent einen unbeabsichtigten Gewichtsverlust von mehr als 5 kg im letzten Jahr hatten und 11 Prozent vom Pflegepersonal als mangelernährt eingeschätzt wurden (vgl. D. Volkert et al., Ernährungssituation in Krankenhäusern und Pflegeheimen – Auswertung der nutritionDay-Daten für Deutschland, Vorveröffentlichung Kapitel 2 des 14. DGE-Ernährungsberichts, 2019). Mit der einmaligen Aktion „nutritionDay für den DGE-Ernährungsbericht“ zielt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) in Kooperation mit der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, der Deutschen Gesellschaft für Ernährungsmedizin (DGEM) und der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) darauf ab, flächendeckende Daten zur Prävalenz von Mangelernährung in Krankenhäusern, Pflegeheimen und auf Intensivstationen sowie bestehende Versorgungsstrukturen in Deutschland zu erfassen (vgl. <https://www.nutritionday.org/de/country-specials/index.html>).

Dieses Kapitel des DGE-Ernährungsberichts verdeutlicht nach Ansicht der Fragesteller, dass in Deutschland ein starkes Defizit in der Ernährungsversorgung in Krankenhäusern und Pflegeheimen herrscht (vgl. <https://www.nutritionday.org/de/country-specials/index.html>).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hoch war die Förderung der Bundesregierung für das Projekt „Ernährungssituation in Krankenhäusern und Pflegeheimen – Auswertung der nutritionDay-Daten für Deutschland“ im Jahr 2018?
2. Wie beurteilt die Bundesregierung das Kapitel 2 des 14. DGE-Ernährungsberichts, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung für ihr eigenes Handeln daraus?

3. Plant die Bundesregierung Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungsversorgung in Krankenhäusern und Pflegeheimen, um der Entwicklung von Mangelernährung vorzubeugen, und wenn ja, welche, und wann sollen diese eingeführt werden?
4. Aus welchen Gründen gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung nur in wenigen deutschen Krankenhäusern ein „Ernährungsteam“, obwohl schon 2003 in einer Resolution des Europarates die Etablierung von Ernährungsteams in Krankenhäusern gefordert wurde (vgl. <https://www.ernaehrungs-umschau.de/print-artikel/15-10-2019-ernaehrungssituation-in-krankenhaeu-ern-in-deutschland-ergebnisse-des-nutritionday-projekts-2018/>)?
5. Plant die Bundesregierung Maßnahmen, um die Krankenhäuser mit mehr Fachpersonal im Bereich Ernährung auszustatten, und wenn ja, welche, und wann sollen diese umgesetzt werden?
6. Sind nach Kenntnis der Bundesregierung weitere Bevölkerungsgruppen neben den stationären Patienten und Bewohnern von Pflegeheimen von Mangelernährung betroffen, und wenn ja, welche?
7. Sind der Bundesregierung Studien zur Entwicklung und Validierung einfacher Screening-Methoden bekannt, die sich mit der erleichternden Identifizierung eines Patienten mit Ernährungsrisiko und mit der Bewertung von Behandlungsplänen mit Ernährungszielen, Überwachung der Nahrungsaufnahme und des Körpergewichts auseinandersetzen, und wenn ja, welche?
8. Welche Methoden gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung zur Prävention der Unterernährung bei stationären Patienten und Pflegeheimbewohnern?

Sind die Grundlagen zur Umsetzung dieser Präventionsmaßnahmen in Pflegeheimen und Krankenhäusern aus Sicht der Bundesregierung gegeben, und wenn nein, warum nicht?
9. Wie viele Patienten mit ernährungsbedingtem Risiko werden nach Kenntnis der Bundesregierung behandelt, um das Defizit zu beheben, und welche Maßnahmen stehen zur Verfügung?
10. Sollten aus Sicht der Bundesregierung ernährungsmedizinische Inhalte stärker in die Ausbildung von Gesundheitsberufen integriert werden, und wenn ja, wie, und wann möchte die Bundesregierung dies umsetzen?
11. Möchte die Bundesregierung die von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) entwickelten Qualitätsstandards für die Verpflegung in Krankenhäusern als gesetzlich verpflichtend vorschlagen?
12. Ist der Bundesregierung die im Jahr 2007 publizierte CEPTON-Studie und deren Ergebnis, dass die durch Mangelernährung bedingten unmittelbaren zusätzlichen Kosten für das Gesundheitssystem in der Bundesrepublik Deutschland ungefähr 9 Mrd. Euro pro Jahr betragen, bekannt, und wenn ja, welche Schlussfolgerungen hat die Bundesregierung aus den Erkenntnissen dieser Studie für ihr eigenes Handeln gezogen (vgl. https://www.car-enoble.de/presse-und-publikationen/pressespiegel/article/9-mrd-eur-folgekosten-durch-mangelernaehrung-belegt-cepton-studie/?tx_ttnews%5BbackPid%5D=61&cHash=498bc405074d84e4bb451c836eb3fa03)?

Berlin, den 29. Mai 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion